Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1.80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle: nehmen zu gegen. Im Falle höherer

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 116 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 19. Mai 1933

Preußen im neuen Reich.

Die Ermächtigung für die Preußenregierung.

Großer Tag im Preußenparlament.

Die zweite Sitzung des neuen Preußischen Landtages stand im Zeichen einer ganz besonders bedeutungsvollen Tagesordnung. Vor allem hatte das Haus die Regierungserklärung des Kabinetts Göring entgegenzunehmen, dann aber auch das von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen eingebrachte Ermächtigungsgesetz in allen drei Lesungen und damit endgültig zu verabschieden.

Der Andrang des Publikums zu dieser Landtagssitzung war außerordentlich stark. Die Polizei mußte das Landtagsgebäude in weiterem Umfange absperren.

Im Sitzungssaal war Pflanzenschmuck angebracht worden. Hinter dem Präsidium hing das Hakenkreuzbanner, flankiert von der schwarz-weiß-roten und der schwarz-weißen Fahne. Schon mehr als eine Stunde vor Sitzungsbeginn waren die ersten Zuhörer auf den Tribünen erschienen. In der Diplomatenloge bemerkte man als einen der ersten den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Prinz August Wilhelm, der im vorigen Landtag der nationalsozialistischen Preußenfraktion angehört hatte. Pünktlich waren auch die 211 Nationalsozialisten in ihren braunen und schwarzen Uniformen im Sitzungssaal erschienen. In den Reihen der Deutschnationalen sah man die grüne Uniform der deutschnationalen Kampfgruppen. Auch der Stahlhelm war im Abgeordnetenparkett vertreten. Nachdem Ministerpräsident Göring mit den Ministern auf der Regierungsbank Platz genommen hat, eröffnet

Präsident Kerrl

die Sitzung mit Ausführungen, in denen er u. a. sagt: Fast ein Jahr lang wurde Preußen durch Kommissare des Reiches verwaltet, weil es dem Landtag nicht gelungen war, durch die Wahl eines Ministerpräsidenten eine Regierung zu bilden. Heute treten wir gleichsam unter einer neuen Verfassung zusammen, die zwar dem Preußischen Landtag das formale Recht der Wahl des Ministerpräsidenten genommen hat, die aber dafür von dem deutschen Volke in seiner überwältigenden Mehrheit aus frohem Herzen begrüßt wird und die auch im Inneren Preußens die Möglichkeiten der Wiedererweckung staatlichen Lebens geschaffen hat. Am 30. Januar d. J. hat der verehrungswürdige greise Generalfeldmarschall des Weltkrieges Reichspräsident von Hindenburg den Führer der nationalsozialistischen Bewegung Adolf Hitler zum Kanzler des Deutschen Reiches ernannt.

Der Mann mußte kommen, der in Notzeiten seines Volkes Geschichte macht. So grüßen wir in dem Führer und Kanzler, der uns der Herzog im Kampfe um die deutsche Größe und Einheit war, den Mann, der als bester Österreicher, als bester Bayer und bester Preuße der erste junge Deutsche ist. (Lebh. Beifall.)

Preußen, gewohnt um Deutschlands willen Opfer zu bringen, erblickt in der Neugestaltung der Grundrechte des Reiches zugleich einen weiteren Schritt zur eigenen Vollendung. Wenn wir als Männer der Arbeit die Ehre haben, den Reichskanzler auch als Reichsstatthalter in Preußen zu haben, so geloben wir ihm treue Gefolgschaft. Präsident Kerrl schloß seine Ausführungen mit einem Gefolgschaftsbekenntnis des Landtages in die Führung des Ministerpräsidenten Göring.

Ministerpräsident Göring, von Händeklatschen der nationalsozialistischen Abgeordneten begrüßt, nimmt darauf das Wort zu einer Regierungserklärung.

Die Regierungserklärung.

Ministerpräsident Göring führte in seiner Regierungserklärung u. a. folgendes aus:

Männer und Frauen des Preußischen Landtags! Im Zusammenwirken mit der Staatsregierung haben die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und die Deutschnationale Volkspartei Ihnen durch einen Initiativantrag ein Ermächtigungsgesetz zur Beschlußfassung unterbreitet. Zu diesem Zweck ist heute der Preußische Landtag von seinem Präsidenten einberufen worden. Damit ist für die Staatsregierung zum erstenmal die Gelegenheit gegeben, sich ihrerseits dem Landtag vorzustellen und ihre Ziele und Absichten über den Neuaufbau Preußens dem Landtag vorzulegen. Die Regierungserklärung des Herrn Reichskanzlers hat in großen Zügen schon all das enthalten, was für alle anderen Länder und für alle anderen Regierungserklärungen maßgebend sein muß. Die Regierungserklärung der preußischen Staatsregierung wird sich deshalb in diesen Rahmen einfügen und nur den Zielen des Herrn Reichskanzlers gemäß auch ihre eigenen Ziele aufstellen und nennen.

Das wichtigste Gesetz, das die Reichsregierung verkündet hat, ist das Gleichschaltungsgesetz und die weiter erfolgte Einsetzung der Reichsstatthalter. Der weitschauende Blick des Führers und Staatsmannes Adolf Hitler hat hier das Richtige erkannt und mit seinem unbeugsamen Willen durchgeführt.

Der Dualismus Preußen-Reich ist seit den unglückseligen Novembertagen 1918, die zur Zerreißung Deutschlands, zur Schwächung der deutschen Reichspolitik und zur Verminderung der preußischen Belange geführt haben, überall und endgültig beseitigt. (Lebhafter Beifall bei den Nat.-Soz. und Dtn.)

Das Gedankengut unseres Kanzlers und Führers Adolf Hitler ist auch die Basis für die preußische Regierung geworden. Die Staatsregierung hat ihre Ämter vom Kanzler empfangen. Durch sein Vertrauen bin ich als Ministerpräsident an die Spitze der Regierung berufen worden. (Lebhafter Beifall.) Durch sein Vertrauen sind mir mit Ausnahme der Ministerernennungen die Befugnisse eines Reichsstatthalters übertragen worden.

Ich selbst stehe über ein Jahrzehnt in unverbrüchlicher Treue als Gefolgsmann hinter meinem Führer. Es war mir in dieser Zeit vergönnt, von diesem Manne zu lernen, dessen Wille mir bekannt ist und dessen Wille auch mein Wille geworden ist. So übernehme ich die preußische Staatsregierung nicht nur als Ministerpräsident, nicht nur in der Überzeugung der Reichsstatthalterbefugnisse, sondern vor allem und in erster Linie als treuester Paladin meines Führers Adolf Hitler. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten und auch auf den Tribünen.)

Der Kanzler hat mich zum Hüter Preußens bestellt und mich besonders beauftragt, zu wahren, was Preußens ist. Unter keinen Umständen werde ich daher dulden können, daß preußischer Besitz von Preußen getrennt wird! (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.) Die Erfahrungen Preußens sollen für das Reich die Unterlage seiner Gesetzgebung bilden.

Die Übernahme der Macht durch die nationale Regierung konnte nicht vor sich gehen, ohne daß hier und dort

scharf zugegriffen wurde.

Die Mißstände, die vorgefunden wurden, waren und sind außerordentlich groß. Noch liegt ein Trümmerfeld hinter uns und vor uns, das der Kommunismus, der Marxismus und das vergangene System zurückgelassen haben. Die nationale Revolution nimmt ihren Fortgang. Sie tritt jetzt in eine neue Epoche mit neuen Aufgaben ein, in

die Epoche des Aufbaues.

Als wichtige Aufgaben der zweiten Epoche der nationalen Revolution sind zu bezeichnen die durchgreifende geistige Erneuerung des deutschen Menschen, der organische Um- und Ausbau des Staates und des gesamten öffentlichen Lebens, aber auch des privaten Lebens jedes Deutschen, soweit es das öffentliche Interesse erfordert, und der organische Um- und Ausbau des wirtschaftlichen Lebens. Auf diesen drei großen Aufgabengebieten bieten sich der preußischen Staatsregierung besonders reiche Möglichkeiten zu aktiver Betätigung.

Die Staatsregierung wird auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens für äußerste Sparsamkeit, peinlichste Sauberkeit und hingebendste Pflichttreue sorgen. Es muß wieder der Beamtengeist entstehen, der der preußischen Vergangenheit würdig ist.

Auf die Mitarbeit und das Vertrauen der Vertretungen des Volkes will die Staatsregierung bei ihrer Arbeit keineswegs verzichten. Daß die Regierung den Willen der Staatsautorität unbedingt zu wahren beabsichtigt, hat sie bereits klar zu erkennen gegeben, indem sie Einzelaktionen von nichtstaatlichen Stellen abgestellt hat.

Der Ministerpräsident wandte sich dann den einzelnen Gebieten der Verwaltung zu und ging zunächst auf

die Kulturpolitik

ein. Gerade auf diesem Gebiete, auf dem in den letzten 14 Jahren besonders gesündigt worden sei, seien wichtige Aufgaben zu lösen. Die in der Vergangenheit beobachtete Loslösung des einzelnen Menschen aus dem Volke und den rasseverbundenen Anschauungen entsprach dem falschen Geist der liberalen Aufklärungswissenschaft.

Die Reform der Hochschulen und Schulen

wird sich vom Individualismus und von großstädtischer Entwurzelung zu einer Bildungsarbeit der Volksverbundenheit, der Bodenständigkeit und der Charakterstärke entwickeln. Die Kulturpolitik der nationalsozialistischen Revolution werde ihr Ziel erst erreicht haben, wenn der Gegensatz zwischen Gebildeten und Ungebildeten, der Gegensatz zwischen deutscher und sogenannter allgemeiner Bildung verschwunden sei und die Verbundenheit der Kultur mit Volk und Land zur geistigen Wirklichkeit geworden ist. Der Ministerpräsident ging dann auf die

Aufgaben der Polizei

ein. Die Polizei müsse in erster Linie die Voraussetzung für eine ruhige und gesetzmäßige Entwicklung im Innern schaffen. Jede Störung der Aufbauarbeit wird von der Polizei im Keime erstickt werden. Der organisatorische Umbau der Schutzpolizei hat die Herstellung einer gesteigerten Schlagkraft zum Ziel. Der vorgenommene Führerwechsel verbürgt die planmäßige Durchführung dieser Aufgabe. Wir werden unter vollster Wahrung der bestehenden außenpolitischen Bindungen ein Instrument schaffen, das dem Wiederaufbau des Vaterlandes dient. Deshalb muß ich an dieser Stelle auch

schärfsten Protest

dagegen einlegen, daß in Genf die Behauptung aufgestellt worden ist, die preußische Polizei sei ein Bestandteil der deutschen Armee und sei dem Heer gleichzusetzen.

Die Erneuerung des Berufsbeamtentums

ist eine der wichtigsten Aufgaben zur Sicherung des neuen Staates. Die Durchführung des Berufsbeamtengesetzes wird den Beamtenkörper von Personen befreien, die im nationalen Deutschland in der öffentlichen Verwaltung keinen Platz mehr haben können. Die preußische Beamtenschaft wird nach Durchführung dieses Gesetzes aber auch wieder vollen Anspruch auf die Achtung und Stellung erheben können, die ein sauberer Beamtenkörper beanspruchen darf und muß. Diese Reinigung muß im Interesse des Staates durchgeführt werden. Ganz besonderes Augenmerk richtet die Regierung auf die Wiederherstellung einer straffen und sauberen, sparsamen und dem Staatswohl dienenden

Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Mit der Vetternwirtschaft hat bereits die Antikorruptionsverordnung aufgeräumt. Es wird erste Pflicht der Regierung sein, die Gemeinden wieder zu sauberen Staatseinrichtungen zu machen.

Wenn die Beamtenschaft teilweise durch das Berufsbeamtengesetz beunruhigt ist, so weise ich darauf hin, daß die Staatsregierung von der Größe der Verantwortung, die gerade dieses Gesetz von ihr erfordert, durchdrungen ist. Das Schicksal jedes einzelnen Beamten und Angestellten muß ausschließlich in der Hand seines obersten Chefs, des Ministers, liegen. Das Gesetz muß sorgfältig und verantwortungsbewußt ausgeführt werden. Wir haben eine

Beseitigung des Parteibuchbeamtentums

nicht vorgenommen, um etwa ein neues Parteibuchbeamtentum heranzuzüchten. Es genügt nicht, daß jemand von der marxistischen Partei zu den Nationalsozialisten hinüberwechselt, um damit den Mangel an Fachkenntnissen vergessen zu machen. Bei Beurteilung der Fähigkeiten spielt das Abzeichen, das der Beamte heute besitzt, keine Rolle.

Ich bin auch entschlossen, gegen jede Angeberei vorzugehen. Leute, die nur jemanden zur Anzeige bringen, um selbst den betreffenden Platz einnehmen zu können, werden in einem sauberen Berufsbeamtentum in Zukunft nicht geduldet.

Die Zugehörigkeit zu einer anderen Partei, soweit diese nicht als staatsfeindlich erklärt ist, soll keinesfalls ein Hindernis in der Berufslaufbahn sein. (Lebhafter Beifall beim Zentrum.)

Mit Nachdruck erklärte der Ministerpräsident dann: Wenn Angehörige der nationalsozialistischen Bewegung in führende Stellungen gekommen sind und das Beunruhigung hervorgerufen hat, so muß ich sagen:

Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, welche gewaltige Diskrepanz dadurch entstanden war, daß auf der einen Seite Millionen von Nationalsozialisten den Freiheitskampf durchführten, auf der anderen Seite aber seit einem Jahrzehnt aus jeder Staatsstellung ausgeschlossen waren. (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten und auf den Tribünen.)

Der Geist des neuen Staates muß auch in der

Justizverwaltung

zum Ausdruck kommen. Die Gesetze dürfen nicht mehr auf der Anschauung beruhen. Es gibt kein abstraktes vom Volk losgelöstes Recht. Die Quelle des Rechts ist das Volk selbst. Daher muß ein Volksrecht geschaffen werden, wie es sich z. B. in dem bäuerlichen Erbhofrecht darstellt. Die Durchsetzung des Rechts im Volksleben erfolgt nicht durch Paragraphen und Buchstaben, sondern durch Männer. Deshalb sind Richter notwendig, deren Handeln bestimmt wird durch eine einzige Richtschnur: Das Wohl der Volksgesamtheit. Auch eine Reform des Strafvollzugsrechts wird in den nächsten Wochen Gegenstand der Beratungen des Staatsministeriums sein.

Auf das wirtschaftliche Gebiet

übergehend stellte der Ministerpräsident mit Genugtuung fest, daß die Entwicklung der Sparkassen gerade in den letzten Wochen eine Zunahme der Spareinlagen gebracht habe. Darin komme die zunehmende Beruhigung und Entspannung in der Wirtschaft zum Ausdruck. Es zeige sich darin eine Festigung des Vertrauens, die auf die Autorität des Staates zurückgehe. Die Staatsregierung werde alles tun, um einen Fortgang dieser Entwicklung zu gewährleisten. Die Zunahme der Spareinlagen hat die Möglichkeit zu Kreditausweitun-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF